



## ANTRAG DER AFD-FRAKTION:

# Gewalt gegen Einsatzkräfte

Die AfD-Fraktion brachte **Anfang Februar 2018** einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung ein, welcher diese dazu auffordern sollte, ein Zeichen zu setzen und allen Einsatzkräften zu danken sowie ihre Wertschätzung auszudrücken. Denn eben diese Einsatzkräfte setzen sich mit ihrer täglichen Arbeit unermüdet für das Gemeinwesen ein, unterstützen Menschen in Notsituationen und sorgen für unser aller Sicherheit. Mit ihrem Engagement sind sie mitverantwortlich dafür, dass sich die Bürger in unserer schönen Stadt wohlfühlen und diese als einen lebens- und liebenswerten Ort betrachten.

Darüber hinaus sollte sich die Stadtverordnetenversammlung besorgt über die Gewalt gegen Einsatzkräfte zeigen und sich solidarisch mit allen Einsatzkräften erklären, die während ihrer Pflichterfüllung Opfer verbaler und tätlicher Angriffe oder Nötigung geworden sind. Denn es ist nicht hinnehmbar, wenn diese ehrenvollen Männer und Frauen bedroht, beleidigt und in ihrer körperlichen Unversehrtheit beeinträchtigt werden (Art. 2 GG).

Des Weiteren sollte die Stadtverordnetenversammlung die Forderung des hessischen Innenministers Beuth (CDU) nach einer neuerlichen Strafverschärfung bei Angriffen auf Einsatzkräfte unterstützen sowie an den Deutschen Bundestag in seiner Funktion als Gesetzgeber appellieren, durch eine Änderung des Strafgesetzbuchs eine weitere Verschärfung des Strafrechts zu beschließen, um Einsatz- wie Rettungskräfte wirkungsvoller zu schützen.

Abschließend sollte noch der Magistrat gebeten werden, seine Bemühungen in der Gewaltprävention, Drogen- und Suchtberatung sowie der Schulsozialarbeit zu überprüfen und unter Einbeziehung des Präventionsrats der Stadt Kassel bereits existie-

rende Maßnahmen in den genannten Bereichen, insbesondere im Rahmen des Präventionsprojekts „Hinsehen: Gewalt – Sehen – Helfen“, zu intensivieren, ggf. anzupassen und um weitere Handlungsstrategien zu ergänzen.

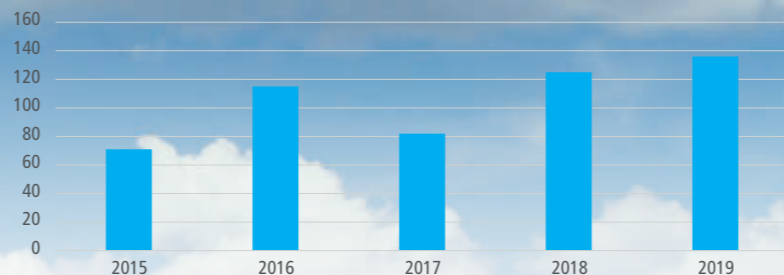
Da die anderen Fraktionen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung dem Antrag der AfD-Fraktion nicht zustimmen wollten, brachten diese mit Ausnahme der Kasseler Linken einen eigenen Antrag mit ähnlichem Inhalt ein. Die AfD-Fraktion stimmte dem Antrag der anderen Fraktionen selbstverständlich zu, um sich neben der Wertschätzung für ehrenamtliche und hauptamtliche Einsatzkräfte bei der Polizei, den Rettungsdiensten und der Feuerwehr auch mit den Frauen und Männern in den Krankenhäusern, bei den Stadtreinigern, der KVG sowie allen anderen Mitarbeitern städtischer Betriebe solidarisch zu zeigen.

**Der Antrag der AfD-Fraktion hingegen wurde bei der von der AfD-Fraktion geforderten namentlichen Abstimmung leider seitens der Fraktionen der Kasseler Linken, Grünen, SPD sowie der FDP, Freien Wähler und Piraten abgelehnt. Die CDU-Fraktion verweigerte sich der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion und nahm nicht teil, man verließ für diese Zeitspanne die Stadtverordnetenversammlung.**



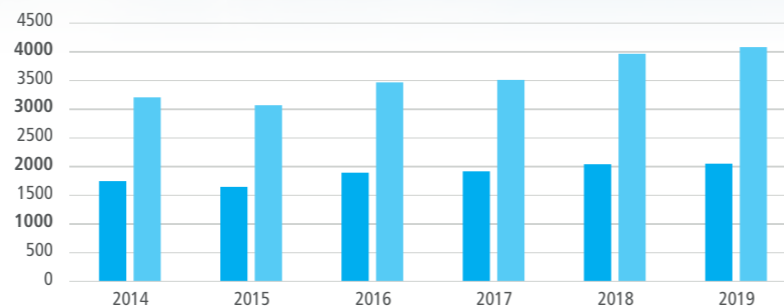
### 1. Kassel 2015 bis 2019 für Vollstreckungsbeamte

Statistik zur Gewalt gegenüber Vollstreckungsbeamten (Stand: Februar 2020)



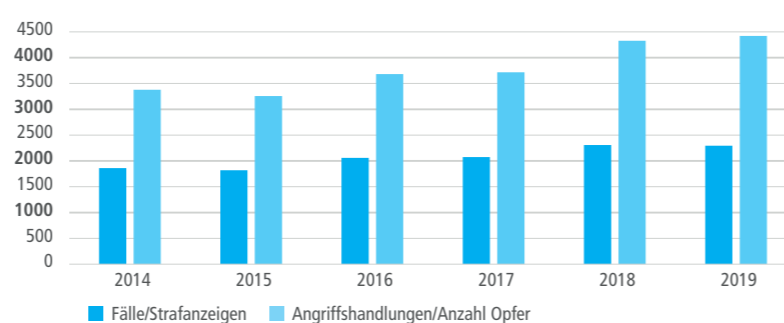
### 2. Hessen 2014 bis 2019 für Polizeibeamte

Statistik zur Gewalt gegenüber Polizeibeamten (Stand: März 2020)



### 3. Hessen 2014 bis 2019 für alle Einsatzkräfte

Statistik zur Gewalt gegenüber allen Einsatzkräften (Stand: März 2020)



#### Quellen:

Antrag der AfD-Fraktion/Politisches Informationssystem der Stadt Kassel (Vorlagen-Nr. 101.18.825)

Anfrage der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag/ Drucksache 20/2091

Polizeiliche Kriminalstatistik 2019 (Statistik für Nordhessen)/Polizeipräsidium Nordhessen

**WICHTIG:** Ab dem Jahr 2018 wurden in den Kriminalstatistiken die beiden Paragraphen 113 sowie 114 StGB („Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ und „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“) erstmals zusammen erfasst. Bis 2017 war in der polizeilichen Kriminalstatistik ausschließlich der § 113 StGB aufgeführt. Diese Erweiterung, aber auch die weiterhin ansteigenden Angriffe gegen Polizeibeamte, führte 2018 im Stadtgebiet Kassel zu einer Zunahme von Fallzahlen um rund 52 Prozent. Im Jahr 2015 wurden 71 Widerstände und Angriffe auf Vollstreckungsbeamte gemeldet, im Jahr 2019 hingegen 136. Das ist eine Steigerung von 2015 auf 2019 um etwa 92 Prozent.

## Polizeiliche Kriminalstatistik/Polizeipräsidium Nordhessen:

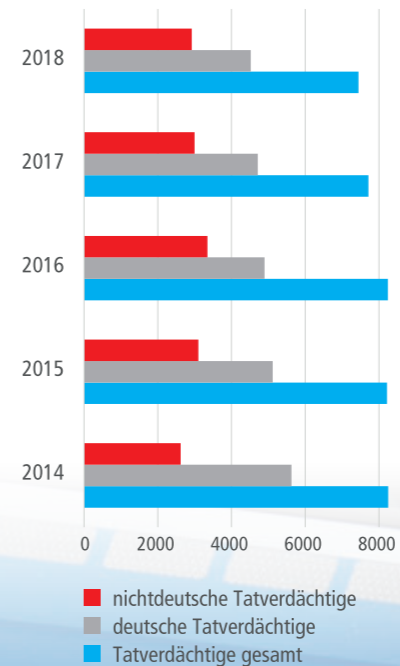
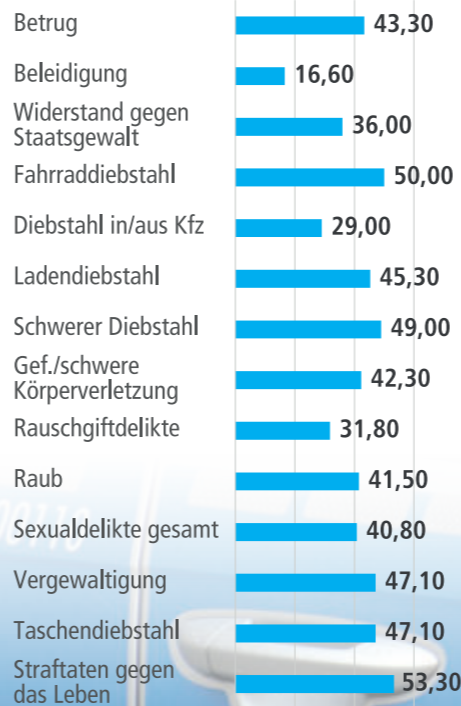
Kriminalität im Zusammenhang mit Migration – Kassel im Überblick

Aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2019 geht hervor, dass insgesamt 7.759 Tatverdächtige im Zusammenhang mit 18.358 Straftaten erfasst wurden. **Bei 38,5 Prozent (2.990) der Tatverdächtigen handelt es sich um Nichtdeutsche** (ohne deutsche Staatsbürgerschaft).

**ACHTUNG:** Zu den 4.769 Tatverdächtigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zählen auch Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft und Migranten, die eingebürgert wurden. Die PKS unterscheidet nicht, ob Tatverdächtige (mit deutscher Staatsbürgerschaft) einen Migrationshintergrund besitzen. Die PKS spiegelt somit nicht die Realität wider.

Da aus der PKS 2019 nicht hervorgeht, wie hoch der **Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an den einzelnen Straftatbeständen** ist, sind hier exemplarisch Straftaten aus der PKS 2018 und die **Entwicklung der Tatverdächtigen seit dem Jahr 2014** aufgeschlüsselt:

### Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen Angaben in %



Quellen:  
Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 (Statistik für Nordhessen)/Polizeipräsidium Nordhessen  
Polizeiliche Kriminalstatistik 2019 (Statistik für Nordhessen)/Polizeipräsidium Nordhessen  
HNA vom Donnerstag, den 14. März 2019

## ÄNDERUNGSANTRAG DER AFD-FRAKTION:

# Gegen Gewalt, Terrorismus und jeglichen Extremismus

Nach dem gewaltsamen Tod des Kasseler Regierungspräsidenten Herrn Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 brachte die rot-grüne Koalition einen Antrag mit dem Titel „Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus“ in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung ein. In diesem Antrag wurden zusammengefasst die Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sowie deren Gefahr für unsere Gesellschaft, unseren demokratischen Staat sowie dessen Vertreter behandelt.

Die AfD-Fraktion vertritt die Position, dass die Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung sowie unseren demokratischen Rechtsstaat und dessen Vertreter nicht allein von rechtsextremistischen Akteuren und Gruppierungen ausgeht, sondern seitens aller extremistischer Spektren. Unabhängig davon, ob diese politisch oder religiös motiviert sind. So geht aus dem hessischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2018 hervor, dass laut Schätzungen des zuständigen Landesamts ca. 13.545 Extremisten in Hessen leben. Davon sind ca. 1.475 Personen dem rechtsextremistischen sowie 2.570 dem linksex-

tremistischen Spektrum zuzurechnen. Reichsbürger und Selbstverwalter werden auf in etwa auf 1.000 Personen geschätzt. Darüber hinaus sollen in Hessen 4.170 Islamisten sowie 4.330 ausländische Extremisten leben.

Vor diesem Hintergrund brachte die AfD-Fraktion einen Änderungsantrag ein, welcher sich nicht nur gegen Rechtsextremismus, sondern gegen alle Erscheinungsformen von Gewalt, Extremismus und Terrorismus wendete.

**Leider wurde dieser Änderungsantrag seitens der Fraktionen der Kasseler Linken, Grünen, SPD sowie der FDP, Freien Wähler und Piraten abgelehnt. Die CDU-Fraktion enthielt sich.**

**WICHTIG:** Den ursprünglichen Antrag der rot-grünen Koalition lehnte die AfD-Fraktion ab, da sich dieser einseitig auf den Rechtsextremismus bzw. -terrorismus fokussierte und andere Erscheinungsformen des Extremismus ausblendete.

